**AG Thema Ungleichheit David Gallusser**

*Mit Ungleichheit ist die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen zwischen den Einzelpersonen oder Haushalten gemeint. Ungleichheit zwischen den Geschlechtern Einkommen, Vermögen sowie bei bezahlter und unbezahlter Arbeit wird hier nicht thematisiert.*

**Sorgen der Leute:** Druck auf die Einkommen und steigende Lebenshaltungskosten sind ein Problem für Normalverdienende. Spitzengehälter und grosse Vermögen hingegen nehmen nicht nur zu, sondern werden auch steuerlich stark entlastet. Das wird von vielen als ungerecht empfunden.

**Relevanz für die Schweiz**

* Die Einkommens- und Vermögensschere hat sich in den letzten 20 Jahren auch in der Schweiz geöffnet. Die obersten Einkommen und Vermögen sind stark gewachsen.
* Ein Absinken der unteren und mittleren Einkommen konnte zwar verhindert werden (u.a. dank GAV und dem Bildungssystem). Bei den Haushaltseinkommen hat sich die Schere weniger stark geöffnet als bei den Löhnen, weil Frauen in Haushalten mit tiefen und mittleren Haushalten das schwache Lohnwachstum mit zusätzlicher Erwerbsarbeit kompensierten.
* Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass sich die Kräfteverhältnisse (u.a. durch den technologischen Wandel, politische Angriffe auf Gewerkschaften und den Arbeitnehmendenschutz) zum Nachteil der Normalverdienenden verschieben – und die Ungleichheit weiter zunimmt.

**Einordnung:** Die steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit in den meisten Ländern der Welt ist eine der prägenden wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 30 Jahren. Diese Entwicklung ist ungerecht, weil sie die grosse Mehrheit von dem ihr zustehenden Anteil der Wertschöpfung ausschliesst. Sie kann sich zudem negativ auf das individuelle Wohlbefinden und das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken (weniger Zufriedenheit, abnehmendes Vertrauen in Mitmenschen und Demokratie, mehr Krankheiten, mehr Kriminalität, etc.). Nicht zuletzt schadet Ungleichheit auch der Wirtschaft selbst, indem sie die wirtschaftliche Nachfrage schwächt, das Bildungs- und Wachstumspotential einschränkt und die Zusammenarbeit erschwert.

**Handlungsbedarf:** sehr hoch

**Hauptgründe/Probleme:**

* Die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben: Kapitalbesitzende und Spitzenverdiener profitierten auf Kosten der Normalverdienenden dank gesellschaftlicher Individualisierung, Schwächung von Gewerkschaften und dem Wohlfahrtsstaat sowie eine auf ihre Interessen ausgerichtete Steuer- und Abgabenpolitik.
* Unternehmen wurden ungleicher: Steigende Marktmacht einzelner (grosser) Konzerne führt zu grösserer Ungleichheit bei den Gewinnen. Dadurch werden auch Gewinnausschüttungen und die Löhne zwischen den Unternehmen ungleicher.
* Technologischer Wandel und Globalisierung (liberalisierte Kapital- und Warenmärkte) tragen zur Ungleichheit bei, indem sie einerseits zu Veränderung der Kräfteverhältnisse beitragen (z.B. Outsourcing, ermöglicht durch bessere IT und den Freihandel, schwächt gewerkschaftliche Verhandlungsmacht; neue Technologien ermöglicht einzelnen Unternehmen hohe Profite). Andererseits führen sie zu einer verstärkten Nachfrage nach Gutausgebildeten, wodurch sich der Lohnunterschied zu Beschäftigten mit einer tieferen Ausbildung verringert.

**Politische Stossrichtung**

**international.**

* *Internationale Steuerpolitik:* Bekämpfung des internationalen Steuerwettbewerbs, globale bzw. europäsische Koordination der Steuerpolitik, Schliessung der Offshore Steueroasen.
* *Verantwortung für Ungleichheit zwischen den Staaten und in anderen Staaten wahrnehmen:* Erhöhung der Entwicklungshilfe (z.B. auf 1% der BIP), Durchsetzung von Menschen- und Arbeitnehmendenrechten bei Freihandelsverträgen, Einfluss auf ausländische Unternehmen durch Investitionsfonds (siehe weiter unten)

**national:**

Die SP sorgt dafür, dass sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der Normalverdienenden verschieben.

„Klassische“ Massnahmen:

* Stärkung der Arbeitsmarktinstitutionen (Gewerkschaften, Vereinfachung von Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträge/Branchen-Mindestlöhnen, ausgebaute Arbeitslosenversicherung mit wenig Auflagen bzgl. Zumutbarkeit, Durchsetzung des Arbeitnehmendenschutzes in der Plattform-Industrie)
* Kehrtwende in der Steuer- und Abgabenpolitik: Entlastung der Normalverdienenden bei Steuern und Abgaben (v.a. Krankenkassenprämien, aber auch familienergänzende Familienbetreuung), stärkere Belastung der Spitzenverdienenden und der grossen Vermögen. Einschränkung des Steuerwettbewerbs zwischen Kantonen und Gemeinden für hohe Einkommen und Vermögen.
* Investitionen in Bildungs- und Weiterbildungspolitik (z.B. alle 10 Jahre gratis Standortbestimmung und berufliche Weiter- und Umbildungsangebote) um Beschäftigte für frühzeitig für die Anforderung des technologischen Wandels vorzubereiten; grosszügige „aktive Arbeitsmarktpolitik“/Weiterbidungsangebot für Arbeitslose
* Starker Wohlfahrtstaat: Gute Renten, höhere Familienzulagen, starke Arbeitslosenversicherung, faire Finanzierung der Krankenversicherungen,

Mögliche „neue“ Massnahmen:

* „Wirtschaftsdemokratische“ Massnahmen, um Vergütungspolitik und Investitionsentscheiden im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen
  + Öffentlicher Investitionsfonds, um Gewinne aus technologischem Wandel der Allgemeinheit zukommen zu lassen (u.a. mit Beteiligung an Unternehmen, die stark von Bildungssystem und staatliche Forschung profitierten); evt. finanziert durch hohe Unternehmensgewinne (aus Monopolen/technologischem Wandel) oder/und SNB-Devisenreserven
  + Mitbestimmungsrechte von Normalverdienenden in Unternehmen stärken
  + Gemeinnützige Unternehmen fördern
* Technologischer Wandel lenken: Forschung und Technologien fördern, die Beschäftigung erhöht und „die menschlichen Dimension der Dienstleistungserbringung Vorrang einräumt“ (vgl. Atkinson 2016, z.B. über Investitionsfonds oder Zukunftsbank).
* Anreize für individualisierte Entlohnung verringern (z.B. durch doppelte Steuersätze auf Boni)
* Massnahmen gegen Marktmacht von Unternehmen (z.B. Wettbewerbspolitik mit verteilungspolitischen Zielen, progressive Gewinnsteuern, Lobbyeinfluss der Konzerne begrenzen).
* Politik gegen Arbeitslosigkeit: Öffentliche Hand als „Arbeitgeber der letzten Instanz“, der jedem Beschäftigten eine garantierte Stelle zu Mindestlohn anbieten; SNB zwingen, stärker auf Beschäftigung zu fokussieren (z.B. indem sie ein 2%-Arbeitslosigkeit erzielen muss).
* Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Finanzierung einer bedingten „Erbschaft für alle“ ausbezahlt bei Volljährigkeit (zur Finanzierung einer Ausbildung, der Investition in einen eignen Betrieb, Einkauf in eine Genossenschaft, etc.)

Quellen

* Atkinson, A.B. (2016): Inequality. What can be done? Harvard University Press. <http://www.tony-atkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/> (Zusammenfassung auf Deutsch: <https://www.boeckler.de/Impuls_2016_20_4-5.pdf>)